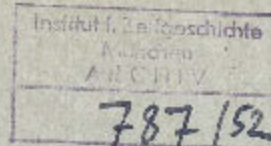


Entwurf



6.IV.1951

338/51

St/68

Herrn
Ministerialdirektor a.D.
Dr. Friedrich T i s c h b e i n
P r e e t z (Holstein)
Klosterhof 7

Sehr geehrter Herr Ministerialdirektor!

Bei einer Untersuchung über die Finanzierung der Ausrüstung im III. Reich interessierte uns in hohem Maße Ihre Aussage vor dem Internationalen Militärgerichtshof in dem Prozeß gegen den früheren Reichsfinanzminister Grafen Schwerin v. Krosigk.

Sie erklärten, daß zwischen der Auftragserteilung an die Unternehmer und der effektiven Bezahlung eine erhebliche Zeitspanne gelegen hätte. Auch hätten es die Rüstungsfirmen mit der Vorlegung der Rechnungen nicht eilig gehabt.

Man fragt sich, woher die Unternehmer die Mittel nahmen, um die Rüstungsarbeiten vorzufinanzieren, zumal die Kreditgewährung der Banken durch die Kreditkontrolle der Reichsbank aufs Äußerste beschränkt war.

Wir wären Ihnen sehr dankbar, wenn Sie uns diese Frage beantworten könnten.

Zu Ihrer Unterrichtung bemerken wir, daß das Institut eine Bundeseinrichtung ist und die Aufgabe hat, alles Material aus der Hitlerzeit zu sammeln und auszuwerten.

Mit verbindlichem Dank für Ihre Mühewaltung und dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung!

St

(Dr. H. Stuebel)

00001

Reg. 6. IV. 51
EdA: W/L

Ministerialdirektor Dr. Tischbein

787/52

Hamburg 33, den 16. April 1951

Dennerstr. 23

An das
Deutsche Institut für
Geschichte der nationalsozialistischen Zeit

(13 b) M ü n c h e n 22
Reitmorstrasse 29

Dt. Institut z. Erf. d. Nat.-Soz.			
Eingeg. am		18. April 1951	
Tgb. Nr.	338	Anl.	
81			Akt

Sehr verehrte Herren!

Ihr Brief vom 6. ds. hat mir Anlass gegeben, meine in dem Prozess gegen den Grafen Schwerin v. Krosigk abgegebene eidesstattliche Erklärung noch einmal genau durchzusehen. Ich muss an der von mir in Nürnberg abgegebenen Erklärung festhalten. Die Dinge haben sich tatsächlich so gestaltet, wie es in meiner Erklärung dargestellt ist.

Ich kann es durchaus verstehen, dass Ihnen die Erklärung "die Unternehmer hätten es mit der Vorlegung der Rechnungen nicht eilig gehabt" verwunderlich erscheint. Es war aber tatsächlich so. Ich kann Ihnen für diese grosse Flüssigkeit der Unternehmer noch eine Tatsache anführen, die sich in meiner Nürnberger Erklärung nicht findet, die ich aber bestimmt erinnere: Zu einer gewissen Zeit während der Aufrüstung wurde festgestellt, dass manche Firmen ausserordentlich hohe Beträge an Mefowechseln in ihrem Portefeuille behielten, obwohl sie nach den damals geltenden Bestimmungen in der Lage gewesen wären, sie bei der Reichsbank zu rediskontieren. Da die Mefowechsel verzinst wurden - den Zinsfuss erinnere ich nicht mehr - war dies Verfahren für die Firmen günstiger als die Rediskontierung. Es konnten dieses Verfahren natürlich nur Firmen anwenden, die sehr flüssig waren. Aber, wie ich schon ausführte, wurde in vielen Fällen so verfahren. Es ist dies eine Bestätigung des in meiner Nürnberger Erklärung geschilderten Zustandes.

Wenn Sie mit der Untersuchung der finanziellen Lage der Hitler-Zeit beschäftigt sind, so werden Sie vielleicht noch zwei Dinge interessieren, die ich in meinem Material entdeckt habe, als ich mich mit Ihrer Anfrage beschäftigte.

1). In einem früheren Entwurf meiner Nürnberger Erklärung heisst es:

Nach dem Dokument NG-4062, Dok. Buch 70, Seite 224 sind vom 1.4.34 bis zum Kriegsausbruch 1939 für die gesamte Wehrmacht rd. 55 Millia aus dem Reichsetat ausgegeben worden. Dazu treten Wehrausgaben von 12 Millia, die durch die Ausgaben von Mefowechseln bezahlt wurden. Die Wehrausgaben während dieser Zeit betragen also insgesamt 67 Millia RM. Davon entfallen etwa 30 Millia auf die eigentliche Aufrüstung. Hitler hat in seiner Reichstagsrede vom September 1939 - offenbar aus propagandistischen Gründen - 90 Millia als die "Ausgabe des deutschen Volkes für seine Aufrüstung" angegeben. Diese Zahl geht also um 2/3 über die eigentlichen Aufrüstungsausgaben hinaus.

Da Deutschland völlig abgerüstet war, erforderte der Aufbau einer modernen Wehrmacht grosse Summen. Vergleicht man jedoch den Aufrüstungsbetrag der Jahre 1934 bis 1939 mit den was jetzt in einem einzigen Jahre von den grossen ~~Mächten~~ für ihre Wehrmacht ausgegeben wird - in den USA ist für 1947 ein Betrag von 11,3 Millia Dollar vorgesehen, dann ergibt sich eindeutig, dass auf der Höhe der deutschen Ausgaben auf die Absicht einen Angriffskrieg zu führen nicht geschlossen werden konnte.

Ich nehme an, dass Ihnen die Unrichtigkeit von Hitlers Erklärung im September 1939, "es seien schon 90 Milliarden Reichsmark für die Aufrüstung ausgegeben", bekannt ist.

- 2). Zu einer anderen in dies Gebiet einschlagenden Frage habe ich 1948 an Herrn Dr. Erich K o r d t einen Brief geschrieben, von dem ich Ihnen eine Abschrift, in der nur einige persönliche Bemerkungen weggelassen sind, beifüge.

Mir fällt noch ein, dass während des Krieges in der Neuen Zürcher Zeitung ein oder mehrere Artikel von dem wissenschaftlichen Berater der BIZ Per Jacobsson erschienen sind. Diese Artikel enthalten eine allgemeine Beurteilung der deutschen Finanzpolitik während der Aufrüstungszeit. Nach meiner Erinnerung kommt Jacobsson zu dem Ergebnis: Gegen die deutsche Finanzpolitik dieser Zeit sei nichts einzuwenden, denn es sei gelungen die Beträge, die während der Rüstungszeit ausgegeben wurden, später durch das Anwachsen der Spareinlagen dem Verbrauch wieder zu entziehen. So, glaube ich, war der wesentliche Inhalt dieser Artikel. Ich besitze sie leider nicht mehr, aber vielleicht können Sie sie aufgraben, wenn Sie sich für diese Frage interessieren.

Es sollte mich freuen, wenn ich mit meinen Mitteilungen Ihre Arbeit etwas gefördert hätte.

In ausgezeichnetener Hochachtung
begrüsse ich Sie

als Ihr sehr ergebener

Tinslin

1 Anlage

Dr. T i s c h b e i n
Ministerialdirektor a.D.

Hamburg-Altona, den 21. Sept. 1948
Palmaille 57



Herrn

Dr. Erich K o r d t,

M ü n c h e n

Walter-Flex-Strasse 10

Sehr geehrter Herr Dr. Kordt!

.....

Erlauben Sie mir, Sie auf eine Bemerkung in Ihrem Buch aufmerksam zu machen, die nach meiner Kenntnis der Tatsachen nicht ganz richtig ist. Sie schreiben auf Seite 47:

"Verschwiegen wurde, dass ein riesiges Defizit jährlich anschwell und schon im Frieden Deutschland mit einer inneren Schuld belastete wie nach einem langwierigen grossen Kriege."

Ich habe mich in meiner Tätigkeit als Leiter der Haushaltsabteilung des OKW sehr eingehend mit den Fragen der deutschen staatlichen Verschuldung beschäftigt und glaube, dass Sie insoweit die Entwicklung ungünstiger ansehen, als sie in Wirklichkeit war. Es wird Ihnen bekannt sein, dass die deutschen Staatsschulden zu Beginn der Hitlerzeit verhältnismässig gering waren, denn durch die Inflation war Deutschland sowohl von den Schulden vor dem ersten Weltkrieg wie von den in diesem Kriege und nachher entstandenen Schulden mehr oder weniger befreit.

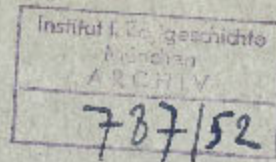
Ich habe leider meine Notizen grösstenteils eingebüsst, glaube aber zu erinnern, dass der Schuldenstand des Reichs am 30. Januar 1933 etwa 12 Milliarden Reichsmark betrug. Dieser Schuldenstand hat sich bis zum Jahre 1939 natürlich erheblich erhöht, aber immerhin lag er nach meiner Erinnerung auch damals noch unter 50 Milliarden Reichsmark oder, wenn man die in den sonst richtigen Schuldenausweisen jener Zeit nicht mit erwähnten Wefowechsel berücksichtigt, auf nicht mehr als etwa 55 Milliarden Reichsmar. Man wird nicht sagen können, dass das Schuldensummen waren, die den Bestand des Reiches irgendwie gefährdeten. England ist, weil es keine Inflation gehabt hatte, mit einer sehr viel höheren Schuldensumme in den Krieg hineingegangen als wir. Ich habe während des Krieges einmal ausgerechnet, wieviel Schulden auf den Kopf der Bevölkerung

in Deutschland und in England entfielen und kam dabei zu folgenden Zahlen:

Deutschland	1.714.-- RM
England	4.174.-- "

Ich weiss, dass die Auffassung in Deutschland viel verbreitet ist, Hitler sei schon durch die von ihm verursachte finanzielle Entwicklung gezwungen gewesen, Krieg zu führen. Ich halte diese Auffassung für durchaus unrichtig. Wenn man Hitler einen Vorwurf in finanzieller Hinsicht machen will, so kann man ihm mit Recht vorwerfen, dass er durch einseitige Steigerung der deutschen Produktion auf Rüstungsausgaben und durch den dadurch hervorgerufenen Mangel an Verbrauchsgütern in der deutschen Bevölkerung, die für das von ihr verdiente Geld nichts mehr kaufen konnte, das Vertrauen zum Gelde erschütterte und dadurch das Geld seiner eigentlichen Bedeutung beraubt hatte. Aber das liegt auf einem anderen Gebiet als der von mir eingangs zitierte Passus Ihres Buches.

Nehmen Sie meine Anregung bitte als einen Beweis dafür, dass ich mich bemühe, auch einen geringfügigen Irrtum Ihres Buches zu berichtigen.



25-762-4
18.IV.1951

338/51

St/68

Herrn

Ministerialdirektor

Dr. T. Schöberlein
Hamburg 33

Sehr geehrter Herr Ministerialdirektor!

Haben Sie verbindlichen Dank für die ausführliche Beantwortung unserer Frage. Die von Ihnen angeführten Beweise für die zwischen 1936 und 1938 erreichte Flüssigkeit vieler Rüstungsbetriebe sind sehr interessant. Daraus erklärt sich auch die von Schacht erwähnte Tatsache, daß über die Hälfte der Mefo Wechsel in der Wirtschaft blieb und nicht zum Diskont bei der Reichsbank eingereicht wurde.

Ihre Schätzung der Rüstungsausgaben vom 1.4.1934 bis Kriegsausbruch liegt etwas über der unsrigen. Auf Grund der Reichshaushaltsrechnungen, der ausgestellten Mefowechsel und der mittelbaren Ausgaben für die Reichsverteidigung kommen wir auf 63 - 64 Mrd. RM.

Die Summe bleibt erheblich hinter der für die amerikanische Aufrüstung 1950/52 vorgesehene von 78 Mrd. Dollar zurück. - Das sind in 2 Jahren 20% mehr an Dollar, als für die deutsche Aufrüstung in 5 1/2 Jahren an RM. Dabei ist zu bedenken, daß ein großer Teil der deutschen Rüstungsausgaben auf den Bau von Rüstungsfabriken entfiel, während die USA vom Kriege her über eine ausgebaute Rüstungsindustrie verfügen. Andererseits betragen die Kosten für Löhnung, Unterbringung und Beköstigung eines deutschen Soldaten in der Hitlerzeit um 1600RM, während die USA für einen Soldaten im Inlande 4.000Dollar, im Auslande 6000Dollar rechnen.

Ihre Ansichten über die Verschuldung des Reiches decken sich mit den unsrigen. Sie stieg von rd. 12 Mrd. RM am 31.3.1933 auf rd. 31 Mrd. RM am 31.3.1939 und wenn man die Mefo Wechsel einschließt auf rd. 43 Mrd. RM. Die Höhe der Verschuldung war unbedenklich, bedenklich

00006900

12.11.1931

12/11/31

38/38

12/11/31

Herrn

Ministerpräsident

war aber die Leichtigkeit, mit der sich das Reich der Spargelder des deutschen Volkes "Geräuschlos" und in "rollenden" Verfahren bemächtigen konnte.

Die Arbeit über die "Finanzierung der Aufrüstung im Dritten Reich" ist abgeschlossen und wird demnächst im Europa Archiv erscheinen. Wir werden uns erlauben, Ihnen nach Drucklegung ein Stück zu übersenden.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident

Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung!

(Dr. H. Stuebel)

000006a

35-162-6

End. Exh.

v. 27. 4. 48

Institut für Zeitgeschichte, Archiv

Eidesstattliche Erklärung

Ich, Dr. Friedrich T i s c h b e i n, geb. am 4.12.1880 in Rostock, bis zur Kapitulation Ministerialdirektor im OKW, jetzt wohnhaft in P r e e t z (Holstein), Klosterhof 7, bin darauf aufmerksam gemacht worden, dass ich mich strafbar mache, wenn ich eine falsche eidesstattliche Erklärung abgebe. Ich erkläre an Eidesstatt, dass meine Aussage der Wahrheit entspricht und gemacht wurde, um als Beweismaterial dem Militärgerichtshof im Justizpalast Nürnberg, Deutschland, vorgelegt zu werden.

1.)

Ich habe seit dem 1.12.1934 als Ministerialdirektor im Reichskriegsministerium ~~(RKM)~~ (später im OKW), die Gesamthaushalts- und Finanzierungsfragen der Wehrmacht behandelt. Ich habe durch diese Tätigkeit einen genauen Überblick über die Fragen gewonnen, die die Finanzierung der Aufrüstung betreffen.

2.)

Seit 1935 ging die Aufstellung des Wehrhaushalts folgendermaßen vor sich:

Die Wehrmachtteile stellten zum Beginn des Etatjahres, also zum 1. April Voranschläge für die im Etatjahr vorgesehenen Ausgaben auf. Diese Voranschläge waren die Grundlage für die Verhandlungen, die der RKM (später der Chef OKW) mit dem Reichsminister der Finanzen (RdF) und dem Reichsbankpräsidenten vor Beginn des Etatjahres führte. In diesen Verhandlungen wurde der Gesamtgeldbetrag festgelegt, den die Wehrmacht in dem Etatjahr zugewiesen erhielt. Diesen Gesamtbetrag teilte der RKM (später der Chef OKW) auf Heer, Marine und Luftwaffe auf. Die Wehrmachtteile

./.

verfügten über die ihnen zugewiesene Summe nach Massgabe der von ihnen in eigener Verantwortung ohne Mitwirkung des RdF aufgestellten Haushaltspläne. Sie waren an diese Pläne nicht in der Art gebunden, wie die anderen Reichsressorts, deren einzelne Haushaltsansätze im Zusammenwirken zwischen den Ressortministern und dem RdF zustande kamen. Die Wehrmachtteile konnten während des Statjahrs ihre Haushaltspläne abändern, nur konnten sie nicht über die ihnen bewilligten Geldkontingente hinausgehen. Wenn Wehrmachtteile im Lauf des Statjahres zu der Überzeugung kamen, dass sie die ihnen von Hitler gestellten Aufgaben im Rahmen ihres Geldkontingentes nicht durchführen konnten, so waren neue Verhandlungen zwischen dem RKM und dem RdF nötig.

3.)

In den ersten Jahren gingen die Anforderungen über die in den Haushaltsrechnungen später als Istaussgaben ausgewiesenen Summen erheblich hinaus. So wird in dem Schreiben vom 31.8.1936 (Dok. Buch 70 C, Dok. 1301 FS, Seite 27), das ich selbst entworfen habe, dargelegt, dass der Wehrmacht für 1936 rund 10 Milliarden RM zugewiesen seien, dass diese Summe aber nicht ausreiche, dass sich vielmehr ein Mehrbedarf von 3,6 Milliarden ergebe und dass für 1937 ein Gesamtbetrag von 14,2 Milliarden notwendig sei. Tatsächlich haben die Ausgaben für 1936 nur 5,8 Milliarden und für 1937 nur 8,3 Milliarden betragen, allerdings ohne die mit Mefowechseln geleisteten Ausgaben:

4.)

Die Steigerung der Istaussgaben für die Wehrmacht im Jahre 1937 von 8,3 Milliarden auf 17,2 Milliarden im Jahre 1938 ist nun folgendermassen zu erklären:

Nach dem Haushaltsrecht durften die Wehrmachtteile Aufträge nur im Rahmen der ihnen zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel erteilen. Die Anforderungen der Wehrmachtteile für das nächste Statjahr enthielten deshalb nicht die voraussichtlichen tat- ./.

sächlichen Ausgaben, sondern darüber hinaus die Gesamtkosten für die Aufträge, die in diesem Jahr für Rüstungszwecke vergeben werden sollten. Auf dieser Grundlage verhandelte das Reichskriegsministerium (später OKW) mit dem Reichsminister der Finanzen (RdF) und der Reichsbank über die Zuweisung von Mitteln. So ist man für 1936 zu der Summe von 10 Milliarden gekommen. Als im Laufe des Jahres die Aufträge sich erhöhten, musste diese Summe entsprechend heraufgesetzt werden. Zwischen der Auftragserteilung und der effektiven Bezahlung vergingen nun aber eine erhebliche Zeitspanne, vor allem, weil die Rüstungsindustrie erst allmählich ihre volle Kapazität entwickelte. Hinzu kam, dass es die Firmen mit der Vorlegung der Rechnungen nicht eilig hatten und dass die Prüfung der vorgelegten Rechnungen, vor allem die Preisprüfung durch die bei der Wehrmacht eingerichteten Preisprüfungsstellen, eine erhebliche Zeit in Anspruch nahm. Da sich in den ersten Jahren der Aufrüstung die Arbeit dieser Stellen erst einspielen musste, war die Spanne zwischen Auftragserteilung und Bezahlung im Jahre 1936 erheblich länger als später. Die in einem Etatjahr wirklich ausgegebene Summe gab daher die in diesem Jahr tatsächlich geleistete Rüstungsarbeit nicht richtig wieder. Diese Arbeit war erheblich grösser, als in den Istausgaben zum Ausdruck kam.

Blieben somit in den Jahren 1936 und 1937 die Geldausgaben erheblich hinter den effektiven Anschaffungen und Bauten zurück, so trat im Jahre 1938 das Umgekehrte ein. Der RdF gibt in seinem - mir erst jetzt bekannt gewordenem Schreiben an Hitler vom 1.9.38 (Dok. Buch 70 B, Dok. EG 419, Seite 206) - die ursprünglichen Wehrausgaben für 1938 auf 11 Milliarden RM an; diese Zahl habe sich durch die im Laufe des Jahres eingetretenen Umstände auf 14 Milliarden erhöht. Diese Zahl dürfte der RdF vom OKW erhalten haben. Tatsächlich hat aber die Geldausgabe in diesem Jahre 17,2 Milliarden betragen. Die Geldausgabe war also höher als die ursprünglichen Schätzungen. Der Grund dafür, dass in den Jahren 1936 ./.

und 1937 die Arbeitsleistungen über die Geldausgaben hinausgingen, im Jahre 1938 dagegen hinter den Geldausgaben zurückblieben, liegt darin, dass die in den Jahren 1936 und 1937 aus den angegebenen Gründen nicht geleisteten Zahlungen nunmehr fällig wurden. Diese Tatsache erklärt sich so: Der behördliche Mechanismus funktionierte schneller; die Kapazität der Rüstungsindustrie war grösser geworden; schliesslich veranlasste im Jahr 1938 die mit der Sudetenkrise verbundene Kriegsfurcht die Lieferfirmen, stärker auf Zahlung zu drängen und die Wehrmachtstellen beschleunigten die Auszahlung, um die Willigkeit der Industrie nicht zu beeinträchtigen. Es kommt ferner hinzu, dass in das Jahr 1938 der grösste Teil des Baues des Westwalls fiel. Die Verträge waren auf der Basis abgeschlossen, dass den Westwallunternehmern die tatsächlichen Unkosten zuzüglich eines prozentualen Gewinnzuschlages vergütet wurden. Hier erfolgten daher die Zahlungen laufend ohne Verzögerung.

5.)

Die gleichen Verhältnisse lagen auch im Etatjahr 1939 vor. So kam es, wie ich mich bestimmt erinnere, dass das Jahr 1939 mit der Verpflichtung belastet war, 5 Milliarden für bereits in den Vorjahren getätigte Anschaffungen nachzubezahlen, und für weitere 5 Milliarden Aufträge, die schon früher erteilt waren, auszuführen und zu bezahlen. Dieser Situation entspricht es, wenn in einem ebenfalls von mir entworfenen Schreiben vom 7.12.1938 (Dok. Buch 70 C, Dok. 1301-PS, Exh. 971, Seite 2) Keitel sagte, die Wehrmacht werde für 1939 nur 11,5 Milliarden zugewiesen erhalten. Das war die eigentliche Rüstungsleistung für 1939. Sie entsprach wieder, wenn man von der zusätzlichen Ausgabe für den Bau des Westwalls absieht, dem Leistungsvolumen der Jahre 1937 und 1938. Dazu traten, wie ausgeführt, die nachzuholenden Restverpflichtungen aus den Vorjahren.

6.)

Insgesamt gesehen betone ich zusammenfassend noch einmal, dass in Wirklichkeit das Anwachsen der Rüstung allmählich vor sich gegangen ist und nicht in dem sprunghaften Tempo, wie es die Istausgaben darzustellen scheinen, dass also der Unterschied in der effektiven Rüstungsleistung in den Jahren 1936 und 1937 einerseits und 1938 und 1939 andererseits viel geringer war, als es der Sprung in den Istausgaben von 1937 auf 1938 erscheinen lässt. Man kann deshalb keinen Zeitpunkt angeben, von dem an die finanzielle Entwicklung den Übergang aus einer Verteidigungsrüstung in eine Kriegs- oder gar Angriffskriegsrüstung hätte erkennen lassen.

7.)

Was ich im Vorstehenden ausgeführt habe, beruht auf meiner Erinnerung und den mir vorgelegten Dokumenten; eigene Notizen besitze ich nicht. Zu den eigentlichen militärischen Beratungen im Reichskriegsministerium (später OKW) bin ich nicht zugezogen worden. Was zu meiner Kenntnis kam, konnte mich durchaus nicht zu der Annahme bringen, dass die Rüstungsmassnahmen der Jahre 1934 bis 1939 einem Angriffskrieg dienen sollten. Was mir bekannt wurde, sprach vielmehr für eine Rüstung des bis dahin wehrlosen Deutschland zur Verteidigung gegen den Angriff eines anderen Landes. Insoweit verweise ich, abgesehen von dem defensiven Charakter des Westwalls und der Ostbefestigungen

- a) darauf, dass nach der mir von Keitel mitgeteilten Weisung Hitlers die Aufrüstung erst 1945 abgeschlossen sein sollte,
- b) auf den mir amtlich bekannt gewordenen Befehl des Oberbefehlshabers des Heeres von Ende 1938, dass das Heer sich bis 1945 nur seinem inneren Ausbau widmen sollte.

./.

8.)

Wie wenig Graf Schwerin v. Krosigk über die Absichten Hitlers unterrichtet war, geht aus folgendem Vorgang hervor, der mir im Gedächtnis geblieben ist: Im Sommer 1939, etwa im Juli, suchte ich in Keitels Auftrage den RdF auf, um ihm irgendeine Angelegenheit - ich erinnere mich nicht mehr, um was es sich handelte - vorzutragen. Am Schlusses meines Besuches fragte mich Graf Schwerin v. Krosigk, was ich über die allgemeine Lage wisse, er sei gänzlich unorientiert. Ich erwiderte ihm, Keitel habe mir vor wenigen Tagen mitgeteilt, Hitler wolle keinen Krieg, "er taste nur alle Möglichkeiten ab".

Nürnberg, den 27. April 1948

.....*Friedrich Tischbein*.....

Die vorstehende Unterschrift des Herrn Dr. Friedrich Tischbein, z.Zt. Nürnberg, dessen Persönlichkeit durch den unterzeichneten Rechtsanwalt Stefan F r i t s c h, Defense Counsel, festgestellt wurde, wird hiermit beglaubigt und von mir bezeugt.

Nürnberg, den 27. April 1948

.....*[Signature]*.....